

Aus dem ersten Quartal der
Hitlerherrschaft

 **Terror in Braunschweig**

Bericht herausgegeben von der
Kommission zur Untersuchung der Lage der
politischen Gefangenen

911
Aus dem ersten Quartal der
Hitlerherrschaft

 Terror in Braunschweig

Bericht herausgegeben von der
Kommission zur Untersuchung der Lage der
politischen Gefangenen

Zürich, 1933

Verlag Sozialistische Arbeiter-Internationale

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bibliothek

42 944 II

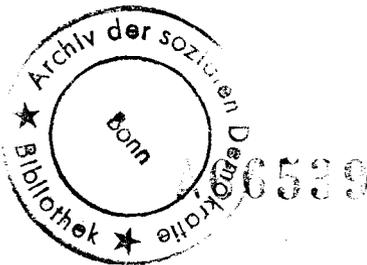
Inv. Nr. _____

INHALTSVERZEICHNIS

Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft	3
Braunschweig vor dem großen Schlag	4
Die Besetzung des »Volksfreund«-Hauses	6
Das »Volksfreund«-Haus als nationalsozialistische Ueberfallzentrale	9
Die Landtagsfraktion wird auseinandergepeitscht	15
Rollkommandos ziehen über Land	18
Die Stadtverordnetenfraktion wird »fertiggemacht«	20
Der Fall Theissen	21
Der Stahlhelmkonflikt	22
»Es wird weiter geschlagen!«	24
»Gesetzlicher« Terror	26
Die Verantwortlichen	27

ANHANG

Aus dem zweiten Quartal der Hitlerherrschaft	29
Zehn Marxisten für einen Nationalsozialisten	29
Das Geheimnis von Rieseberg	30
Die Aufregung in Braunschweig	30
Auch die Presse muß schweigen	31
Auch Ausländer werden gemordet	31



Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft.

Von den 63 Millionen Einwohnern Deutschlands wohnt nur eine halbe Million in Braunschweig. Von den 470,623 Quadratkilometern der Bodenfläche Deutschlands entfallen nur 3672 auf Braunschweig. Nur dreiviertel Prozent der Einwohner und der Bodenfläche entfallen auf diesen Landesteil.

Aller Terror, der in den folgenden Seiten festgestellt wird, wurde in diesem kleinen Teile Deutschlands verübt.

Es ist nur ein Ausschnitt aus den entsetzlichen Verbrechen, die im ersten Quartal der Hitlerherrschaft in Deutschland verübt worden sind, aber ein Ausschnitt, der auf das Eindrucksvollste zeigt, was das ganze Deutschland zu erdulden hatte.

* * *

Alle in dem folgenden Bericht angeführten Fälle sind verbürgt. Unbestimmte Mitteilungen sind in diese Sammlung nicht aufgenommen worden. Der Berichterstatter ist den Herausgebern dieser Broschüre als ein ernster, nüchterner und zuverlässiger Mann bekannt. Er berichtet nur, was er selbst beobachtet oder durch zuverlässige Augenzeugen, für die er sich verbürgen kann, erfahren hat.

Der Berichterstatter will ausdrücklich feststellen, daß keiner der in diesem Bericht Genannten von dieser Veröffentlichung etwas weiß und daher auch nicht für sie verantwortlich gemacht werden kann. Jede Rache der Hitlerregierung an den hier erwähnten Personen wegen dieser Veröffentlichung würde Unschuldige treffen.

Braunschweig vor dem großen Schlag.

Der Freistaat Braunschweig beherbergt in 450 Ortschaften 500,000 Einwohner. Davon wohnen 150,000 in der Stadt Braunschweig, der Rest wohnt in kleinen Städten und Dörfern.

Bis zum Jahre 1930 wurde das Land seit 1918 zumeist sozialdemokratisch regiert. Dann ergab die Landtagswahl eine bürgerlich-nationalsozialistische Regierung. 12 Bürgerliche und 9 Nationalsozialisten bildeten die Mehrheit gegen 17 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten.

Das Ministerium wurde von dem deutschnationalen Minister *Küchenthal* und dem Nationalsozialisten Dr. *Franzen* aus *Kiel* gebildet. Dr. *Franzen* war für einen Nationalsozialisten relativ maßvoll, kam dadurch bald in Mißkredit und wurde durch den nationalsozialistischen Schulmeister *Klagges* aus *Benneckenstein* ersetzt. *Klagges* war vom seinerzeitigen preußischen Kultusministerium aus Gründen der Beamten-disziplin aus dem Staatsdienst entfernt worden.

Klagges riß sofort das Heft an sich. Der deutschnationale Koalitionskollege und seine zwölfköpfige Fraktion wurden von ihm und seinen neun parlamentarischen Trabanten sofort an die Wand gedrückt. Die gesamte Politik wurde ausschließlich nationalsozialistisch.

Die frühere Regierung hatte den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt, die jetzige hob dieses Gesetz auf, womit sie sich allerdings zu einem spätern Beschluß der Hitlerregierung in Widerspruch setzte. Die frühere Regierung hatte an alle Bedürftigen eine Wirtschaftsbeihilfe bezahlt, und zwar für den Ehemann 15, für die Ehefrau 10 und für jedes Kind 7 Reichsmark pro Winter, neben den regulären Unterstützungen; die neue Regierung schaffte das ab. Durch die Einführung einer Sondersteuer für Baugenossenschaften erhöhte diese Regierung den proletarischen Mietern die Wohnungsmieten um 3 bis 7.50 Reichsmark pro Monat.

Die frühere sozialdemokratische Regierung zahlte den Wöchnerinnen 6 Wochen vor der Niederkunft eine Unterstützung, die bis zum Wiedereintritt der vollen Arbeitsfähigkeit lief und zusammen mit der üblichen Reichsunterstützung vollen Ersatz für etwaigen Lohnausfall bot. Die neue Regierung schaffte auch diese Unterstützung ab. Weiter strich sie sämtliche Ausgaben, die die alte Regierung für Schulung von Betriebsräten, für den Wohltätigkeitsfonds der Arbeiterwohlfahrt usw. gegeben hatte.

Dafür hat das nationalsozialistische Braunschweig den Ruhm, mit blutigem Terror dem übrigen Deutschland vorangegangen zu sein.

Es begann damit, daß in den Ortschaften *Wolfenbüttel, Harzburg, Lauingen, Ippensen, Greene, Dankelsheim, Opperhausen, Kreiensen, Harriehausen, Gandersheim, Städtoldendorf, Blankenburg, Hasselfelde* usw. sozialdemokratische Versammlungen gesprengt, Redner niedergeschlagen, Funktionäre erschossen und Hunderte von Nichtnationalsozialisten auf das schwerste mißhandelt wurden. Bei diesen Gelegenheiten gab es einige Tote und viele Dutzende von Schwerverletzten.

Am 17. und 18. Oktober 1931 ließ der Naziminister *Klagges* in der Stadt *Braunschweig* 80.000 Braunhemden aufmarschieren. Von Teilnehmern dieses Aufmarsches wurden Ueberfälle auf friedliche Straßenpassanten verübt. Ergebnis: 2 Tote und über 100 Schwerverletzte.

In der folgenden Zeit zogen die Nationalsozialisten vor jene Betriebe, in denen die Arbeiterschaft gut organisiert war. Dort erschossen sie aus dem Hinterhalt 2 Arbeiter.

Nach der Wahl vom 31. Juli 1932 folgte eine Reihe von Bombenattentaten. Das Haus des Oberbürgermeisters der Stadt *Braunschweig* wurde beschädigt. In der *Langen Straße*, eine Straße, in der ausschließlich arme Arbeiter wohnen, erlitten durch eine einzige Bombe über 30 Häuser starke Schäden. Wie durch ein Wunder wurde niemand ernsthaft verletzt. Von dieser Straße hatte kurze Zeit zuvor der Nationalsozialist Dr. *Göbbels* in seinem »Angriff« geschrieben, sie sei ein Schlupfwinkel für Marxisten und müsse niedergebrannt werden. Die Täter wurden von der Polizei gefaßt — es waren nationalsozialistische Funktionäre! Einen ließ man wieder entweichen, der andere wurde nach dem Siege der nationalen »Erhebung« mit militärischen Ehren aus dem Gefängnis geholt und als Held gefeiert.

Die Braunschweiger sozialdemokratische Presse erhielt zu jener Zeit von Nationalsozialisten Material. Daraufhin lockte der nationalsozialistische Kellner *Kaune, Braunschweig*, seinen Parteigenossen, den Handlungsgehilfen *Kampe*, in einen kleinen Wald und erschöß ihn dort meuchlings. Die Hitlerpartei verhalf dem Mörder *Kaune* zur Flucht nach Italien. Nach dem Regierungsantritt Hitlers konnte er ungehindert wieder nach Braunschweig kommen, wurde im Juli 1933 dort gesehen und erzählte selbst seine Heldentaten.

Wenige Tage vor der Wahl vom 5. März 1933 ließ die Parteileitung der NSDAP. ihre Soldaten durch Braunschweigs Arbeiterstraßen marschieren. Dabei wurden ein Arbeiter und eine über

60 Jahre alte Arbeiterin erschossen, weil sie auf Aufforderung hin nicht schnell genug das Fenster schlossen.

Der Terror steigerte sich bis zur Wahl vom 5. März ununterbrochen. Der nationalsozialistische Minister unterstützte ihn; sein deutschnationaler Kollege schwieg dazu. Wochenlang vor der Wahl konnte keine Zeitung, kein Flugblatt, keine Broschüre der SPD. erscheinen, durfte kein Rundschreiben an die Organisationskörper gegeben, konnte keine öffentliche, keine Mitgliederversammlung, keine Körperschaftssitzung abgehalten werden.

Und dann kam der große Schlag, der in Braunschweig eine Kampagne gegen die Sozialdemokratie einleiten sollte. Er fegte in wenigen Wochen die gesamte Organisation hinweg.

Die Besetzung des „Volksfreund“-Hauses.

Vom 3. März 1933 ab wurde die Stimmung in Stadt und Land unerträglich. Eine Schlägerei folgte der andern. Es mehrten sich die Gerüchte, daß der »Volksfreund«, das Partei-, Gewerkschafts- und Verlagshaus der Arbeiterschaft, von Nationalsozialisten gestürmt werden solle. Alle Umzüge wurden verboten.

Am 7. März erschien trotzdem auf dem Ackerhof, einem kleinen Platz vor dem »Volksfreund«-Haus, eine Abteilung SA. und SS. mit einer großen Musikkapelle und veranstaltete ein Platzkonzert. Der erwartete Sturm auf das Haus blieb diesmal noch aus.

Am 9. März, vormittags 11 Uhr, entstand in einer Nachbarstraße eine kleine Schlägerei zwischen einem SS.-Mann, der offenbar zum Zweck der Provokation ausgesandt war, und einem Reichsbannermann. Gegen 12 Uhr mittags erschien dann vor dem »Volksfreund«-Gebäude ein kleines Polizeiauto mit ungefähr 10 Polizisten und dem angeblich verprügelten SS.-Mann. Sie suchten im »Volksfreund« den an der Schlägerei beteiligten Reichsbannermann, der sich nach ihren Äußerungen im Gebäude aufhalten sollte. Die Suche verlief selbstverständlich ergebnislos.

Nachmittags gegen 3 Uhr wurde eine Sitzung der Landtagsfraktion abgehalten. Gleichzeitig setzte die SA. und SS. ihre Tätigkeit vom Vortage fort; sie hißte unter den Augen der Behörden eigenmächtig Hakenkreuzflaggen auf öffentlichen Gebäuden. Die Nazis rissen auch im Beisein der Polizei vom Reichsbannerbootshaus ein großes Schild ab und trugen es durch die Stadt in der Richtung zum »Volksfreund«.

Dort waren um 16.05 Uhr Lastautos mit SA. und SS. vorgefahren. Die Hauswache schloß blitzschnell die Türen. Die Nazis schlugen aber die großen Schaufenster ein und drangen durch die Oeffnungen in das Gebäude. Sie eröffneten im Hause ein lebhaftes Feuer aus zahlreichen Karabinern und Revolvern. Dabei wurde der etwa 28jährige Kaufmann

Hans Saile,

beauftragter Werbeleiter der Inseraten-Union, Berlin (Konzentration AG.), durch Bauchschuß getötet. Er hatte von seiner vorgesetzten Stelle den Auftrag erhalten, den gefährdeten Bezirk *Braunschweig* zu verlassen und am gleichen Tage nach Saarbrücken zu reisen...

Die Eindringlinge stürmten die Treppe hinauf. Verschlossene Türen wurden mit Gewehrkolben zertrümmert. Gewerkschaftssekretäre, Angestellte, Stenotypistinnen, Konsumverkäuferinnen wurden mit Knüppeln, Karabinern, Revolvern und Dolchen zusammengetrieben und mißhandelt. Dann sperrte man sie mit »Hände hoch« stundenlang ein, ehe man sie mit Fußstritten und Ohrfeigen entließ.

Wiewohl die Organisationsleitungen seit Wochen ununterbrochen bemüht waren, wichtiges und wertvolles Material und Kapitalien aus dem Hause zu entfernen und sicher unterzubringen, konnte doch nicht alles

offene Geld, konnten nicht alle Bücher und Belege

rechtzeitig restlos gesichert werden. So wurden einige tausend Reichsmark von den Eindringlingen auf eigene Faust beschlagnahmt. Das ganze Haus wurde nach Wertgegenständen untersucht. Dann hißte man die Hakenkreuzfahne.

Der Arbeiter A. P.

hatte sich beim Eindringen der Nazis hinter einem Schrank versteckt. Er hatte dort beobachtet, wie die Geschäftsbücher in kindischer Zerstörungslust unbrauchbar gemacht wurden. Er hatte gehört, wie die Leute darüber schimpften, daß ihre Beute an Geld und Wertsachen viel zu gering geblieben sei. A. P. wurde entdeckt, schwer mißhandelt und dann aus dem Hause geworfen.

Der Gewerkschaftssekretär

Otto Zerbel,

Geschäftsführer des Gesamtverbandes in *Braunschweig*, wurde während der Besetzung auf der Treppe schwer mißhandelt und dann *hinausgeworfen*.

Der »Volksfreund«-Akquisiteur

Wilhelm Grauel,

Stadtverordneter, wohnhaft *Kastanienallee* in *Braunschweig*, wurde ebenfalls *vor seinem Hinauswurf schwer mißhandelt*. Er ist aus Gründen, die später geschildert werden, flüchtig.

Der ehemalige Polizeioberleutnant

Richard Neuenfeldt,

jetzt Kraftfahrer beim »Volksfreund«, wohnhaft im »Volksfreund«-Wohnhaus, *Oelschlägern 27* zu *Braunschweig*, war bei Beginn der Besetzung auf dem Hofe mit Autoreparaturen beschäftigt. Er wurde erkannt und mit *Knüppeln, Stahlruten, Revolverknäufen, Eisenwerkzeugen so lange auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, bis er bewußtlos zusammenbrach*. Auch dann noch trat man ihn mit Füßen, schleifte ihn über den Hof und warf ihn hinaus. *Neuenfeldt* ist Frontsoldat und hat den Krieg bis zu Ende mitgemacht. Die ihn mißhandelten, waren — ein typischer Fall, der sich unzählige Male wiederholt — etwa zwanzigjährige Jungen. *Neuenfeldt* ist infolge der erlittenen Mißhandlungen körperlich und seelisch gebrochen.

Die *Privatmieter des »Volksfreund«-Hauses* wurden im weiteren Verlaufe der Aktion *in ihren Wohnungen überfallen, beschimpft, mit Waffen bedroht und mißhandelt*.

Die ordentliche Polizei (Schupo) sperrte unterdessen mit starkem Aufgebot die an den »Volksfreund« grenzenden Straßen ab. *Vor ihren Augen plünderten die Nazis das Gebäude aus*. Sie zerstörten die Inneneinrichtungen. Was nicht niet- und nagelfest war, schleiften sie auf den Ackerhof. Akten, Einrichtungsgegenstände, kostbares Verwaltungsmaterial, das Bücherlager der »Volksfreund«-Buchhandlung, viele Zentner teurer Werbefilme, Grammophonplatten, Geschäftsbücher, Fahnen trugen sie zu einem Scheiterhaufen zusammen und entzündeten ihn. Drei Tage und drei Nächte brannte das Feuer.

Sofort nach dem Sturm auf das Gebäude rief vom Landtag aus der frühere Ministerpräsident, Genosse Dr. Heinrich *Jasper*, beim Polizeipräsidenten an und teilte ihm mit, was geschehen war. Er zeigte den Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneten *Alpers*, Führer der SS. in *Braunschweig*, wegen bewaffneten Aufruhrs, Zusammenrottung, Einbruchdiebstahls und Landfriedensbruchs an.

Der Polizeipräsident *Lieff, Braunschweig*, antwortete, es handle sich bei diesen Geschehnissen um eine völlig legale Maßnahme. Der Abgeordnete *Alpers* sei für diese Aktion mit polizeilichen Vollmachten versehen.

Nach diesem Ferngespräch wurden die regulären Polizeiformationen vom »Volksfreund« zurückgezogen, so daß *Alpers* mit seinen Horden völlig freies Spiel hatte.

Genosse *Dr. Jasper* setzte sich daraufhin mit dem Naziminister *Klagges* in Verbindung und ersuchte um Abhilfe. *Klagges* antwortete, ihm sei von diesen Dingen nichts bekannt, *Jasper* möge eine schriftliche Beschwerde in den ordentlichen Geschäftsgang geben; ehe diese Beschwerde nicht bearbeitet sei, lehne er jedes Eingreifen ab.

Eine Ahndung dieser Verbrechen hat selbstverständlich niemals stattgefunden, im Gegenteil, *Alpers* ist — *Justizminister* unter der Hitlerherrschaft geworden.

Am Abend dieses ereignisreichen Tages glich die Stadt *Braunschweig* einem Heerlager. *Hunderte von schwerbewaffneten Nazipatrouillen zogen durch die Stadt, jagten die Passanten durcheinander und mißhandelten das Publikum. Dabei wurde ein Mitglied einer nationalen Fliegervereinigung erschossen. Der junge Mann hatte angeblich auf den Ruf »Hände hoch« nur e i n e Hand erhoben.*

Der »Volksfreund«-Redakteur Genosse

Ernst Severitt,

wohnhalt *Auerstraße*, wurde in der gleichen Nacht von Nazi-leuten aufgegriffen und in das »Volksfreund«-Haus gebracht. Dort wurde er von der Besatzung mit den Worten »*Marxisten-schwein*«, »*Sau*«, »*Mistbonze*« usw. bedacht und *stundenlang mit Knüppeln und Fäusten traktiert*. Dann wurde er mit *Fußritten* hinausgeworfen. Er mußte sich außerhalb *Braunschweigs* auf das Krankenlager begeben.

Die Bürgerpresse *Braunschweigs* berichtete am nächsten Morgen über die Besetzung. Sie sei vollkommen zu Recht erfolgt, denn das Haus sei seit langem ein Unruheherd gewesen, außerdem sei eine Unmenge staatsfeindlichen Materials und viele Munition im Hause gefunden worden. Nicht eine einzige dieser Angaben ist wahr.

Das „Volksfreund“-Haus als nationalsozialistische Ueberfallzentrale.

Das »Volksfreund«-Haus wurde von jetzt ab Ueberfallzentrale. Ein SA.-Sturmführer *Meier* wurde Kommandant. Unter seiner Leitung erfolgten *Hunderte von Ueberfällen*. Die Auto-

mobile des »Volksfreund«, später auch die der Partei, wurden als Streifenwagen benützt.

Der Landgerichtsrat Genosse

Dr. Kurt Staff,

wurde auf offener Straße überfallen und schwer mißhandelt.

Der praktische Arzt

Dr. med. Friedrich Lube,

Mitglied des Bezirksvorstandes der Partei, wurde in seiner Wohnung überfallen. Gegen 20 Uhr läutete es an seiner Wohnungstüre. Seine Frau erkannte durch die Scheiben SS.-Mützen und öffnete nicht. Dr. Lube ging an die Türe und nun entwickelte sich folgendes Gespräch: »Was wünschen Sie?« »Wir müssen Sie sprechen!« »Ich öffne Ihnen nicht!« »Sie sind Arzt. Wir haben jemand zu verbinden!« »Wenn Sie meine Hilfe als Arzt brauchen, so ist das etwas anderes. Bitte, treten Sie ein!«

Der Führer der SS.-Abteilung — anscheinend ein Intellektueller — fragte: »Sind Sie Dr. Lube?« »Jawohl!« Darauf rief er seinen Leuten zu: »Macht ihn fertig!«

Die SS.-Leute stürzten wie die Wilden über ihn her und schlugen ihn. Seine Frau sprang dazwischen. Auch sie wurde mißhandelt. Dr. Lube wurde mit Knüppeln und Stahlruten auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann verschwand der Trupp in einem Auto. Sofort nach ihrem Verschwinden erschien die ordentliche Polizei und nahm Lube und seine Frau in Schutzhaft.

Der Ortssekretär der Sozialdemokratischen Partei,

Rudolf Löhr,

wohnhaft Hänselmannstraße in Braunschweig, wurde am Sonnabend, dem 11. März, morgens, von Kriminalbeamten aus seiner Wohnung geholt. Er sollte in seinem Büro im »Volksfreund«-Hause den Geldschrank aufschließen. Löhr wies auf die dort drohenden Mißhandlungen hin, wurde aber trotzdem mitgenommen. Im »Volksfreund«-Hause wurde er in Gegenwart der Beamten von dem Kommandanten Meier schwer geschlagen. Die Beamten wollten gehen und ihn in der Gewalt der Nazis zurücklassen. Er bestand jedoch auf der Mitnahme durch die Beamten und entging so noch Schlimmerem.

Genosse Löhr sah bei dieser Gelegenheit, daß sein Büro vollständig verwüstet worden war. Die Schränke waren aufgebrochen und sämtliche Möbel entfernt.

Seit der Affäre vom 11. März fanden auf die Wohnung Löhrs Dutzende von Ueberfällen zur Tag- und Nachtzeit statt. Löhr ist mit seiner Familie flüchtig.

An jenen Tagen wurde im »Volksfreund«-Hause *unermüdlich gehämmert und geklopft*. Später stellte sich heraus, daß die Nationalsozialisten versucht hatten, die im Hause befindlichen Geldschränke zu sprengen.

Der »Volksfreund«-Redakteur und Landtagsabgeordnete

Otto Thielemann,

wohnhaft *Fasanenstraße* in *Braunschweig*, ein Frontsoldat, wurde seit langem verfolgt und war flüchtig. Dann zwangen ihn die Verhältnisse nach *Braunschweig* zurück. Er begab sich in die Wohnung des Geschäftsführers des »Volksfreund«, *Cartal*, um dessen Aufenthaltsort zu erfahren. Als er das Haus verließ, *stellte ihn ein SA.-Mann mit einem Revolver. Thielemann sprang in ein vor dem Hause wartendes Auto, um zu entkommen. Der Fahrer des Wagens wurde mit vorgehaltenen Pistolen gezwungen, zu halten. Thielemann wurde herausgezerrt und in das »Volksfreund«-Gebäude geschleppt.*

Die Bürgerpresse meldete, Thielemann sei verhaftet und einem längern Verhör unterzogen worden. Wie sah das Verhör aus?

Als die Nationalsozialisten mit *Thielemann* im »Volksfreund« anlangten, *stürzte sich eine Meute mit Knüppeln, Karabinern und andern Waffen auf ihn. Er wurde viele Stunden hindurch in das Gesicht, in die Augen, auf den Kopf geschlagen und in den Leib getreten.* Man verlangte von ihm die Nennung von Spitzeln, die den »Volksfreund« mit Material versehen hatten. Nach langer Folterung nannte er einige Namen, um nicht totgeschlagen zu werden.

Die von Thielemann *genannten Spitzel* wurden kurze Zeit darauf in das *Katholische Krankenhaus zu Braunschweig* eingeliefert. *Man hatte ihnen die Geschlechtsteile zertreten.*

Thielemann wurde nach den Mißhandlungen in das *Kreisgefängnis zu Braunschweig* eingeliefert. Anwohner der Nachbarstraßen des »Volksfreund« sagen aus, daß *Thielemanns* Schreie des Schmerzes und Hilferufe *stundenlang und straßenweit* zu hören gewesen seien. Es gelang dem Eingreifen des Genossen *Dr. Jasper, Thielemann* später aus dem Gefängnis zu befreien. Thielemann ergriff die Flucht, um weitem Folterungen zu entgehen. In *Hamburg* wurde er jedoch *neuerlich verhaftet* und auf einem Lastauto durch die *Lüneburger Heide* nach *Braunschweig* transportiert. Bei einem angeblichen Fluchtversuch wurde er *angeschossen* und anscheinend *schwer verletzt*. Das Dazwischenretten fremder Automobilisten rettete ihn vor Schlimmerem.

Der Oberbürgermeister der Stadt *Braunschweig*, Genosse

Ernst Böhme,

Mitglied des Landtages, wohnhaft *Adolfstraße*, wurde während

des Dienstes im Rathause von einer großen Menge von Nationalsozialisten überfallen. Er wurde in Gegenwart der Polizei gezwungen, seine Aemter niederzulegen und in das Kreisgefängnis zu gehen. Es gelang Dr. Jasper nach einigen Tagen, auch ihn zu befreien. Oberbürgermeister Böhme floh.

Nach acht Tagen kehrte er nach Braunschweig in seine Privatwohnung zurück. Er rief bei der Polizei an: »Liegt gegen mich etwas vor?« Die Polizei antwortete: »Nach genauen Erkundigungen bei allen in Frage kommenden Stellen können Sie ohne Sorge sein. Es wird Ihnen nichts geschehen.«

Kaum hatte Böhme das Telephon verlassen, da kletterte aber auch schon eine Bande SA. und SS. über seinen Balkon und drang in seine Wohnung ein. Genosse Böhme, der gleichfalls, wie so viele Opfer des Terrors, Frontsoldat und Schwerkriegsbeschädigter ist, wurde in Gegenwart seiner Frau übel zugerichtet. Frau Böhme rief die Polizei an. Eben wollten die Nationalsozialisten mit Böhme das Haus verlassen, da erschien das Ueberfallkommando der Polizei mit einem Offizier. Der Führer der braunen Bande schnauzte den Polizeioffizier an: »Was wollen Sie denn? Wir sind doch schon hier!« Darauf machte der Polizeioffizier eine Ehrenbezeugung vor dem SA.-Führer und fuhr mit seinen Mannschaften ab.

Oberbürgermeister Böhme wurde nun in das »Volksfreund«-Haus gebracht. Die Horde stürzte dort mit Knüppeln und Karabinern über ihn her und mißhandelte ihn stundenlang. Dann hing man ihm eine große rote Schärpe um und schleifte ihn im Triumph durch die ganze Stadt. Die Begleiter riefen: »Seht das Marxistenschwein! Seht den Spitzbuben, seht euren roten Verbrecher! Jetzt wird er aufgehängt!« Sie fuhren dabei fort, ihn mit Schlägen und Fußtritten zu mißhandeln.

Dann ging es zurück in das »Volksfreund«-Haus. Dort wurde Böhme so lange blutig mißhandelt, bis er eine Erklärung unterschrieb, daß er seine sämtlichen Parteifunktionen niederlege, aus der Partei ausscheide und nie gegen die neue Regierung kämpfen werde. Böhme wurde daraufhin aber keineswegs freigelassen, sondern wieder in das Kreisgefängnis gebracht.

Der Holzbildhauer und Geschäftsführer des Wohnblockes Bebelhof, Genosse

Wilhelm Neddermeier,

Mitglied des Bezirksvorstandes der Partei, wohnhaft im Bebelhof zu Braunschweig, wurde nachts von einem Rollkommando aus dem Bette geholt. Auch ihn schleppte man in den »Volksfreund«. Er ist 45 Jahre alt, Frontsoldat und hat vor kurzem eine schwere Magenoperation durchgemacht. Seine kaum 20jährigen Peiniger

kommandierten ihn zu Rekrutenübungen, die er verweigerte. Darauf verlangten sie, er solle sich über einen Stuhl legen. Da er das nicht tat, fiel die ganze Meute über ihn her und schlug ihn die ganze Nacht hindurch. Mehr tot als lebendig wurde er in das Kreisgefängnis zu Braunschweig eingeliefert.

Der frühere Ministerpräsident, Rechtsanwalt und Notar, Genosse

Dr. Heinrich Jasper,

Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Braunschweiger Landtag, Frontsoldat, ungefähr 60 Jahre alt, wirkte seit einem Menschenalter in selbstloser Weise für die Arbeiterschaft. Auch in diesen schlimmen Tagen hatte er sich der Opfer des Terrors in aufopferndster Weise angenommen. *Die Bürgerpresse griff ihn eines Tages deshalb scharf an. In der Nacht darauf wurde er auf der Straße überfallen und in das »Volksfreund«-Gebäude verschleppt. Dort wurde er mehrere Tage lang auf die bestialischste Art mißhandelt. Seine Folterknechte belustigten sich damit, ihm die Zähne aus dem Munde zu schlagen. Nach langen Tagen wurde er schwerkrank in das Kreisgefängnis zu Braunschweig eingeliefert.*

Der frühere Innenminister, Genosse *Gustav Steinbrecher*, früher Buchdrucker, Landtagsabgeordneter, *Hagenstraße 28*, wurde gleichfalls von der Bürgerpresse angegriffen. Dieser weit über 60 Jahre alte Genosse wird seitdem ständig verfolgt. Es wurden zahlreiche Ueberfälle auf seine Wohnung veranstaltet. Steinbrecher ist seit vielen Wochen flüchtig.

Das gleiche Schicksal hat die bürgerliche Presse dem frühern Kultusminister, Genossen *Hans Sievers*, Mitglied des Landtages, bereitet. Genosse *Sievers* ist ebenfalls Frontsoldat, Schwerekriegsbeschädigter. Er ist der einzige Ernährer seiner alten Mutter und mußte flüchten. Seine Mutter, mit der er gemeinsam in *Braunschweig, Neuerweg 1*, wohnt, wird fast täglich in ihrer Wohnung drangsaliert. Sie soll sagen, wo sich ihr Sohn aufhält.

Der Geschäftsführer des »Volksfreund«, Genosse

Gottlieb Cartal,

wohnhaft in *Braunschweig, Waterloostraße 14*, wird seit langem verfolgt. Seine Angehörigen werden Tag und Nacht in der Wohnung heimgesucht. In einer Nacht wurden seine beiden Söhne stundenlang mit Knüppeln und Revolvern bedroht. Man hat ihnen die entscherten Revolver so heftig gegen die Stirnen gedrückt, daß man noch am andern Tage tiefe Ringe, die von den Revolvermündungen herrührten, sehen konnte. Man wollte von Cartals Söhnen erpressen, daß sie den Aufenthalt ihres Vaters verraten.

Im gleichen Hause mit dem Genossen *Cartal* wohnt der Krankenkassendirektor

Artur Zander.

Er ist 60 Jahre alt, ein ruhiger, besonnener, friedliebender Mann. Er hat sich nicht öffentlich politisch betätigt. Da die Suche nach *Cartal* vergeblich war, holte man ihn, seine Frau und seine beiden erwachsenen Töchter aus dem Bett. Er wurde über den Schreibtisch gezogen. Dann wurde er nackt ausgezogen und so lange mit Fahrerpeitschen gepeitscht, bis er besinnungslos als blutiges Bündel liegen blieb. Seine Angehörigen schafften ihn in das katholische Krankenhaus zu Braunschweig.

Für Nichtinformierte sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß es sich bei den sogenannten Fahrerpeitschen um Schlagwerkzeuge handelt, die den Hundepeitschen ähnlich, aber viel schwerer sind. Sie werden von den Fahrern bei der Artillerie und von Tierbändigern benützt.

Der bürgerliche Rechtsanwalt *Philipps* zu Braunschweig gewährte den verhafteten Sozialdemokraten nach der Festsetzung des Genossen *Dr. Jasper juristischen Beistand*. Die Folge dieser Tätigkeit war, daß er in einer der nächsten Nächte genau so wie ein sozialdemokratischer Funktionär aus dem Bette geholt und viehisch mißhandelt wurde. Seitdem findet in Braunschweig kein bedrängter Sozialdemokrat mehr einen Rechtsbeistand.

Der »Volksfreund«-Redakteur, Genosse

Ernst Severitt,

von dem schon die Rede war, wurde am 26. März abermals überfallen und wieder in die Folterkammer des »Volksfreund« geschleppt. Er sollte seinen Austritt aus der SPD. erklären und gleichzeitig die Annahme von Ehrenämtern verweigern. Genosse *Severitt* lehnte dieses Ansinnen ab. Dann verlangte man von ihm, er solle alle Spitzel aus der SA. und SS. nennen, die der Sozialdemokratie Material über die NSDAP. zugetragen hätten. *Severitt* weigerte sich, diese Leute zu nennen, weil er durch die Angabe solcher Namen gleichzeitig Funktionäre seiner eigenen Partei gefährdet hätte.

Um seinen Widerstand zu brechen, peitschte man ihn mit Fahrerpeitschen vom Mittag bis tief in die Nacht hinein. *Severitt* blieb trotz dieser grauenhaften Tortur standhaft. Nun tauchten die Prügelknechte ihre Peitschen in Wasser, damit das Leder besser in der Haut kleben blieb.

Als *Severitt* zu trinken verlangte, zwang man ihn, ein großes Glas Wasser, in dem sich drei Finger hoch Pfeffer und Salz befand, auszutrinken.

Immer noch weigerte sich Severitt, die verlangten Angaben zu machen. Nun riß man ihm Stiefel und Strümpfe von den Füßen und begann, die bloßen Fußsohlen zu schlagen.

Jetzt endlich brach Severitt zusammen und nannte einige Namen. Daraufhin fuhr man ihn im Auto fort und warf ihn in Dunkeln in die Gosse. Bekannte fanden ihn. Seine Frau transportierte ihn nach Hildesheim und lieferte ihn in das dortige St. Bernwards-Krankenhaus ein.

Der Bezirkssekretär der Partei im Bezirk Braunschweig, Genosse

Johann Reinowski,

wohnhaft *Kälberwiese 41* in Braunschweig, hatte von einem SS-Führer wichtiges Material über die Korruption in der NSDAP. erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Kaum hatten die Nationalsozialisten herausgebracht, daß die Veröffentlichungen auf Reinowski zurückzuführen waren, so begann auch schon die Verfolgung. *Es wurden nicht weniger als 16 Überfälle auf seine Wohnung ausgeführt.* Seine sämtlichen Verwandten wurden *in ihren Wohnungen überfallen*, um Auskunft über seinen Aufenthaltsort zu erlangen. *Reinowski* ist mit seiner Familie flüchtig. Seine Wohnung ist dauernd besetzt und wurde ausgeplündert.

Reinowskis Schwager wurde mit Knüppeln geschlagen, weil er den Aufenthalt *Reinowskis* nicht angab.

Am Mittwoch, dem 16. April 1933, wurde die Wohnsiedlung *Bebelhof* überfallen, die Büroeinrichtung zertrümmert und der Geschäftsführer *Heinrichs*, Rechnungsführer der Volkstürsorge, mißhandelt. Die angerufene Polizei griff nicht ein.

Die Landtagsfraktion wird auseinandergepeitscht.

Wir haben bereits davon berichtet, wie es den Landtagsabgeordneten *Dr. Jasper, Steinbrecher, Thielemann, Böhme* und *Sievers* unmöglich gemacht wurde, ihre Mandate auszuüben. Kurz nach den geschilderten Gewalttaten erschien in der bürgerlichen Presse die Meldung, der sozialdemokratische Abgeordnete

Karl Poth,

wohnhaft *Holzminden a. Weser, Fahrenbreite*, habe nach seiner Verhaftung freiwillig sein Landtagsmandat niedergelegt und sei aus der SPD. ausgeschieden. Was war vorgegangen?

Genosse *Poth* war der Kreisleiter der Partei im Kreise *Holzminen*. Er war Frontsoldat und mehrfach verwundet. *Poth* wurde in seiner Wohnung überfallen und vor den Augen seiner Frau grauenhaft mißhandelt. Seine Frau wurde an die Wand gestellt und mit Revolvern bedroht. So zwang man sie, die Folterung ihres Mannes mit anzusehen, oder, wie einer der Peiniger sich ausdrückte, »aufzupassen, was der Bonze für Grimassen schneidet«.

Nach unsäglicher Qual unterschrieb *Poth* die »freiwillige« Erklärung, daß er seine Aemter niederlege, aus der Partei ausscheide und nie mehr politisch tätig sein wolle. *Kaum hatte er die Unterschrift geleistet, wurde er nochmals furchtbar gepeitscht. In höchster Verzweiflung versuchte Poth, sich die linke Pulsader durchzubeißen, um so durch einen schnellen Tod seinen Peinigern zu entgehen. Da erst ließ man von ihm ab.* Er wurde von seinen Angehörigen in das Krankenhaus gebracht.

Der Metalldreher und Landtagsabgeordnete

Gustav Wolter,

wohnhaft in *Oker a. Harz*, wurde in der Absicht, ihm ein ähnliches Schicksal zu bereiten, im ganzen Lande gesucht. Er ist flüchtig. Seine Frau lag zugleich nach einer schweren Operation im Krankenhause; die schulpflichtigen Kinder blieben sich selbst überlassen.

Der Gemeindeeinnehmer und Landtagsabgeordnete

Wilhelm Kassel,

über 60 Jahre alt, wohnhaft in *Gliesmarode bei Braunschweig*, wurde überfallen und tagelang geschlagen, bis er unterschrieb, daß er nichts mehr mit der Sozialdemokratie zu tun haben wolle. Anwohner des »Volksfreund«-Hauses erzählen, daß Kassel gemeinsam mit dem Kreisdirektor a. D., Genossen

Albert Rohloff

aus *Bad Gandesheim* im Heizungskeller des »Volksfreund« gefangen gehalten worden sei. *Es habe sich taglang ein entsetzliches Geschrei aus dem Keller vernehmen lassen.* Dazwischen konnte man hören, daß die Gepeinigten gezwungen wurden, das »Horst-Wessel-Lied« zu singen. Auch *Rohloff* brach nach langer Pein zusammen und unterschrieb die von den Nazis verlangte Erklärung, nach der er sein Landtagsmandat niederlege und aus der Partei ausscheide.

Dasselbe Geschick traf den etwa 60jährigen Kesselschmied

Bernhard Pfeiffer,

der in *Schöningen bei Helmstedt*, Bismarckstraße 4, wohnt. Auch

Pfeiffer ist Frontkämpfer. Er wurde von jungen Burschen tagelang gepeitscht, bis er eine Erklärung unterschrieb, in der es heißt, *er fühle nicht mehr die Kraft, gegen das neue Deutschland zu kämpfen.*

Die Landtagsabgeordneten

Dr. Gerhard von Frankenberg,
Julius Schulz,
Frau Hulda Graf,

wohnhaft zu *Braunschweig*, legten in jenen Tagen ebenfalls ihre Aemter nieder und schieden aus der Partei aus. Näheres über die Gründe ließ sich nicht in Erfahrung bringen. Man ist auf Mutmaßungen angewiesen.

Der Bürgermeister und Landtagsabgeordnete

Robert Rohloff

aus *Braunlage*, gleichfalls Frontsoldat, wurde so lange mit Knüppeln und Peitschen behandelt, bis er die gewünschte Verzichtserklärung unterzeichnete. Er kam krank mit seinen vorgenannten Kollegen *Kassel, A. Rohloff, Bernhard Pfeiffer* in das *Kreisgefängnis zu Braunschweig*.

Der Kreisdirektor a. D., Landtagsabgeordnete und Fraktionssekretär

Kuno Rieke,

wohnhaft *Waterloostraße 14*, wird gesucht. Dauernde Ueberfälle in seiner Wohnung veranlaßten ihn, mit seiner Familie zu flüchten. Auch *Rieke* ist Frontsoldat.

Flüchtig ist auch wegen drohender Mißhandlung der Waldarbeiter und Landtagsabgeordnete

August Klages

aus *Eschershausen*.

Der Krankenkassengeschäftsführer und Landtagsabgeordnete

Heinrich Siems

aus *Langelsheim bei Goslar* hielt sich in *Hannover* auf. Eines Tages erhielt er einen Brief aus seiner Heimat, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er anderntags seine Ehefrau, die ihn besuchen komme, vom Hauptbahnhof in *Hannover* abholen möge. Siems ging zur bezeichneten Stunde zum Bahnhof und war von da an verschwunden. Einige Tage später stand auch *seine* Verzichtserklärung in der Presse. Damit war die gesamte Fraktion erledigt. *Die bürgerliche Presse* meldete die aus den sozialdemokratischen Abgeordneten herausgeprägelter Erklärungen unter Ueberschriften, wie:

»*Massenflucht aus der Sozialdemokratie.*«

»*Die Führer verlassen die irgeleitete Masse.*«

Nach einer jeden solchen Meldung wurden alle diejenigen Abgeordneten genannt, die noch keine Verzichtserklärung abgegeben hatten. Auch wurden ihre Wohnungen genau bezeichnet. Das sah ungefähr folgendermaßen aus:

»Der bisherige Abgeordnete . . . hat nunmehr auch eingesehen, daß es nicht ratsam ist, sich der neuen Zeit entgegenzustellen. Er hat, wie uns mitgeteilt wird, folgende Erklärung freiwillig abgegeben: (folgt die Erklärung). Es bleiben nunmehr auf der Liste der Sozialdemokraten noch folgende Abgeordnete und Kandidaten über: (folgen Namen und Wohnungen der Betreffenden). Ob sie wohl den traurigen Mut besitzen werden, die auf sie entfallenden Mandate anzunehmen?«

Man sieht: das Zusammenspiel klappt vorzüglich. Der Folterung folgt die Diffamierung der Gefolterten. Während die Opfer in den Krankenhäusern liegen, stellt man sie als Feiglinge hin, die freiwillig ihre Ueberzeugung verleugneten. Keiner kann sich gegen die Verleumdung wehren. Keine Zeitung würde seine Antwort veröffentlichen. Nichts würde er erreichen als seine eigene Verurteilung — wegen angeblicher »Greuelpropaganda« — zu einer langen Freiheitsstrafe.

Rollkommandos ziehen über Land.

In diesen furchtbaren Tagen zieht der SA.-Oberführer *Sauke*, Braunschweig, mit seinen Mannen in die ländlichen Orte des Freistaates. Einige Hundert bis an die Zähne bewaffneter Brauhemden dringen auf Lastkraftwagen in die Ortschaften ein. Alles walzen sie über. Tausende von »Verhaftungen« nehmen sie vor. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher, Gemeindeverordnete und andere bekannte Funktionäre müssen mit Eimern, Bürsten und Leitern die sozialdemokratischen Wahlplakate von den Häusern abwaschen. Dabei werden sie mit Peitschen und Knüppeln, Karabinern und Dolchen auf offener Straße viehisch mißhandelt. Hunderte liegen zerschlagen in Krankenhäusern und Gefängnissen. Solche Vorfälle spielten sich u. a. in Broitzem, Lehndorf, Rünigen, Riddagshausen, Bündheim, Börsum, Oker, Schöppenstedt, Helmstedt, Schöningen, Süpplingen, Gandesheim, Langelsheim, Seesen, Holzminden, Negenborn, Grünenplan, Blankenburg, Braunlage, Kattenstedt, Hasselfelde, Tanne und in vielen andern Orten ab.

In Broitzem wurde der Akquisiteur *Ernst Fricke*, Frontsoldat, halbtot in das Krankenhaus eingeliefert.

In Bündheim beging der Konsumgeschäftsführer *Wilhelm Reupke* aus Verzweiflung Selbstmord.

In *Helmstedt* wurde der 67jährige Genosse *Jünke* so geschlagen, daß er dauernden Schaden davonträgt.

In *Schöningen* wurde Rektor *Hermann Neddermeier*, Führer der Kinderfreunde und Arbeiterjugend im Freistaat *Braunschweig*, Frontsoldat, Kriegsbeschädigter, während des *Unterichts im Beisein der Kinder überfallen, blutig geschlagen und eine hohe Steintreppe hinuntergeworfen. Dann wurde auf ihm herumgetrampelt, bis er besinnungslos war.* Ein langes, schmerzhaftes Krankenlager war die Folge; völlige Wiedergenesung ist unwahrscheinlich.

Die Bürgerpresse berichtete in diesem Falle, Neddermeier sei vor Angst die Treppe hinuntergefallen und habe sich dann mit blutendem Gesicht provozierend am Fenster gezeigt.

In *Süplingen* wurden den Genossen nach fürchterlichen Schlägen Hakenkreuze in das Kopfgaar geschnitten.

In *Langelsheim* wurde der Postbeamte *Wilhelm Grotehenn*, ein kriegsbeschädigter Frontsoldat, *buchstäblich zu Tode geschleift und getreten. Als er schon nahe am Sterben war, wurde er noch wiederholt hochgehoben und mit aller Wucht auf den Boden geschleudert.* Er konnte seinen Angehörigen vor seinem Hinscheiden einige der Mörder bezeichnen. Eingeschritten wurde gegen sie nicht.

In *Seesen* wurden Juden und Sozialdemokraten erbärmlich zugerichtet. Der jüdische Kaufmann *Bremer* wurde, weil er im Besitze einer Waffe gewesen sein soll, *fast totgeschlagen und dann in das Seesener Gefängnis eingeliefert. Am andern Morgen fand man ihn erhängt auf.*

In *Negenborn* hat man neben vielen andern den Ortsvorsitzenden der Partei, den Arbeiter *Fritz Groppe*, einen Frontsoldaten, *unmenschlich zusammengeprügelt. Als er am Boden lag, wurde er in nicht wiederzugebender Weise verunreinigt.*

In *Grünenplan* wurden Dutzende von Genossen, darunter Genosse *Heinrich Habenicht*, *bestialisch mißhandelt.*

In *Blankenburg a. H.* wurde der Geschäftsführer der Baugenossenschaft, *Walter Prinzler*, 27 Stunden ununterbrochen gepeinigt, bis er einen Nervenzusammenbruch erlitt und eine Erklärung unterschrieb, daß er »die innere Hohlheit des Marxismus erkannt« habe.

Zugleich waren über 100 Genossen verhaftet worden, denen ebenfalls während der ganzen Nacht grausam zugesetzt wurde. Unter ihnen befand sich der Lehrer *Heini Edler*, der furchtbar zugerichtet wurde, weil er nicht »Heil Hitler« rufen wollte.

Dem Redakteur des »*Harzer Echo*« in *Blankenburg*, Genossen *Richard Salge*, erpreßte man Erklärungen, indem man ihn fragte, ob er Abschied von Frau und Kind genommen habe, denn er

würde sofort nach dem Verhör erschossen werden. Dann gab man in seiner Gegenwart einigen SA.-Leuten den Befehl, draußen auf dem Hofe ein Loch für Salges Leiche zu scharren. Nach einer Weile kamen die Leute wieder und meldeten in militärischer Form, der Befehl sei ausgeführt, das Grab sei fertig.

Auch in *Tanne*, in *Braunlage*, in *Timmenrode*, in *Rübeland* und in *Hasselfelde* wurde ganz grauenhaft gehaust und geprügelt.

Die Parteizeitungen, die neben dem »Volksfreund« im Freistaat erschienen, wurden in diesen Tagen ebenfalls besetzt und die Lokale ausgeräubert. Es handelt sich um die »Tagespost« in Helmstedt, die »Oberweser Volkszeitung« in Holzminden und das »Harzer Echo« in Blankenburg.

Damit war nach der Landtagsfraktion auch die gesamte Parteipresse »fertiggemacht«. Es blieb noch die Stadtverordnetenfraktion. Von ihren Schicksalen wird im folgenden Kapitel berichtet.

Die Stadtverordnetenfraktion wird „fertiggemacht“.

In der Nacht vom Samstag, dem 25. März, wurde der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse *Wilhelm Rieke*, wohnhaft in der *Maschstraße* zu *Braunschweig*, in seiner Wohnung überfallen. Die Eindringlinge bemächtigten sich zunächst aller im Hause vorhandener Eßwaren und verzehrten sie. Dann schleppten sie den seit langem kranken Genossen in ihre Folterkammer.

Zwei weibliche Stadtverordnete, die Genossinnen *Bookmann* und *Wittenberg*, wurden zur selben Stunde mit Knüppeln und Revolvern gezwungen, ihre Aemter niederzulegen.

In der gleichen Nacht wurden der Stadtverordnete *Wilhelm Godelmann*, Vorsitzender des Mietervereins, der Stadtverordnete *Fritz Trute*, Frontsoldat, wohnhaft *Chemnitzstraße*, der Stadtrat *Hugo Falke*, Frontsoldat, wohnhaft *Zeppelinstraße 2*, und andere Genossen in ihren Wohnungen überfallen und fortgeschleppt.

Unter ihnen befand sich der Arbeiter *Heinrich Simon*, Stadtverordneter, wohnhaft *Hamburgerstraße*. Er wurde in Gegenwart seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter wahnsinnig geprügelt; dann brachte man ihn ins »Volksfreund«-Haus. Nach einigen Tagen las man in der Presse, daß dieser Stadtverordnete, wie andere auch, freiwillig sein Amt niedergelegt hätte. Alle saßen indessen im Kreisgefängnis.

Durch den grauenhaften Fall

Theissen

hat man dann erfahren, was vor den Mandatsniederlegungen geschehen war.

Der Fall Theissen.

Matthias Theissen, ein alter Frontsoldat, ein überaus kräftiger und tatenfreudiger Mann, war Geschäftsführer der Zahlstelle Braunschweig des Bauwerksbundes.

Nachts drangen SA.-Leute in seine Wohnung in der Schubertstraße ein. Sie fielen über ihn her. Seine Frau sprang hinzu und erhielt gleichfalls Schläge. Dann wurde der halb bewußtlose Theissen in das »Volksfreund«-Gebäude geschleppt. Man schlug ihn mit Knüppeln und Stahlruten in das Gesicht, auf den Kopf, auf den Mund und in die Augen. Dann zog man ihn über den Tisch und bearbeitet ihn stundenlang mit Fahrerpeitschen. Als die Schläger, von ihrer Arbeit ermüdet, eine Pause machten, fragten sie Theissen, ob er seinen Austritt aus der Partei und seinen Mandatsverzicht erklären wolle. Er antwortete: »Nein!«

Nun rissen die Folterknechte ihm das Zeug vom Leibe und peitschten ihn, bis ihm das Fleisch in Fetzen vom Leibe hing. Sie fragten ihn wieder, ob er die Erklärung abgeben wolle. Wieder antwortete er: »Nein!«

Sie goßen Salzwasser auf den zerschundenen Körper, in das blutige Fleisch. Darauf peitschten sie weiter.

Theissen schrie auf: »Ihr Hunde, wenn Ihr mich totschiessen wollt, so gebt mir eine Pistole, damit ich mich selber erschießen kann.«

Wieherndes Gelächter antwortete. Dann brachte man einen Revolver. Theissen setzte ihn an die Stirn und drückte ab. Die Waffe knackte. Sie war leer. Unter viehischem Gejohle geht nach diesem Zwischenspiel die Auspeitschung weiter. Nur aus der ungewöhnlich kräftigen Konstitution Theissens erklärt sich, daß er nicht das Bewußtsein verlor.

Plötzlich erschien der schon früher erwähnte SS.-Führer und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Alpers aus Braunschweig. Er war mit Theissen aus gelegentlichen Verhandlungen bekannt und sprach ihn an: »Mensch, Matties, was machst Du denn hier? Hast Du ein bißchen Schläge bekommen?« Darauf sagte Theissen: »Können Sie das verantworten, daß man hier totgeschlagen wird?« Alpers antwortete: »Na, Matties, Du kannst aber ruhig Du zu mir sagen, wir sind doch Volksgenossen!«

Schließlich fuhr Alpers den Schwerverletzten in die Nähe seiner Wohnung, warf ihn dort heraus und sagte:

»So, Matties, diesmal bist Du noch davongekommen. Sagst Du jemand, daß Du geschlagen worden bist, gehst Du zum Arzt oder in das Krankenhaus, so holen wir Dich wieder. Also hüte Dich!«

Am 8. Mai wurde aus Braunschweig amtlich gemeldet:

»Das durch den Rücktritt des deutschnationalen Ministers Dr. Küchenthal freigewordene *Finanz- und Justizministerium* ist dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt *Alpers* übertragen worden. Alpers ist Führer der braunschweigischen SS. Vor einiger Zeit war er bereits zum SS.-Verbindungsführer im Staatsministerium ernannt worden. Ministerpräsident Klagges wird das Innen- und Volksbildungsministerium auch weiterhin verwalten.

Am andern Tage war Theissens Körper eine einzige schwarzbraune, zerschundene, aufgedunsene, klebrige, blutige Masse. Er wurde gegen seinen Willen in das Katholische Krankenhaus zu Braunschweig gebracht. Als er sein Ende nahen fühlte, gab er seinen Angehörigen und Freunden die vorstehende Schilderung.

Und er fügte hinzu: *»Ich habe im »Volksfreund«-Hause die Genossen Wilhelm Rieke, Heinrich Simon, Fritz Trute, Wilhelm Warnecke und andere auf Strohhaufen liegen sehen. Nur an ihrem Stöhnen konnte ich erkennen, daß noch Leben in ihnen war.«*

Zwei Wochen lang wälzte sich Matthias Theissen auf dem Krankenlager. Dann starb er.

Frau *Theissen* und der Zentralvorstand des *Baugewerksbundes* in Berlin erstatteten Strafanzeige. Daraufhin beschlagnahmte der Staatsanwalt die Leiche. Nun mußte — ein seltener Fall! — doch amtlich zugegeben werden, daß der Tod infolge von Mißhandlungen eingetreten war.

Einen Tag vor der Bestattung ihres Mannes wurde Frau Theissen verhaftet. Sie sollte die Photographien herausgeben, die angeblich von ihrem Manne hergestellt waren, und den Hersteller nennen . . .

Als der Fall Theissen bekannt geworden war, flüchtete der Rest der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Stadträte aus Braunschweig.

Der Stahlhelmkonflikt.

In ohnmächtiger Wut standen die Braunschweiger organisierten Arbeiter der nationalen »Erhebung« gegenüber. Ihre Führer waren verschwunden; man sagte ihnen, sie seien feige davongelaufen. Allmählich aber sickerte die Wahrheit durch. Gab es überhaupt noch eine Rettung? Auf einmal kam die Parole auf: *»Genossen, Kameraden, wir wollen in den Stahlhelm eintreten!«*

Im Braunschweiger Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) waren die wenigen anständigen bürgerlichen Elemente versammelt. Aber die Organisation war schwach. Sie zählte etwa 400

Köpfe gegenüber ungefähr 3000 Hitlerleuten. Es herrschte eine starke Spannung zwischen den beiden Organisationen. Der Stahlhelm litt selbst unter dem furchtbaren Druck des braunen Terrors. Darum war die Stahlhelmleitung bereit, die Aufnahme-suche von Sozialdemokraten anzunehmen.

Die Parole zum Eintritt in den Stahlhelm fand starke Resonanz. So zogen am Montag, dem 27. März, 3000 bis 4000 Arbeiter vor die Stahlhelmkaserne und suchten um Aufnahme nach. Von ihren Frauen begleitet, kamen sie anmarschiert, alte Frontsoldaten, junge Männer, stumm, schweigsam, entschlossen trafen sie an, nur ein Gefühl beherrschte sie: herauszukommen aus dem furchtbaren Druck der letzten Wochen, nicht mehr tatenlos zusehen müssen bei so grauenhaften Vorgängen.

Schon waren weit über tausend Anmeldungen ausgefüllt. Weitere Tausende drängten nach. Frauen munterten die zögernden Männer auf. Da geschah das Entsetzliche. Die SA. und SS. hatten von dem Vorgehen der Arbeiterschaft erfahren und rückten, ausgerüstet mit Stahlhelmen, Karabinern, Revolvern, Seitengewehren und Gummiknüppeln, an. Die reguläre Polizei beteiligte sich an dieser Expedition.

Plötzlich wurde in die dichtgedrängte Menge geschlagen, gestochen und geschossen. Auch in das Gebäude selbst schloß man hinein, obwohl es mit mehr als tausend vollkommen wehrlosen Menschen überfüllt war. Blut floß in Strömen. Nur die Stahlhelmer waren bewaffnet, sie konnten aber gegen die vielfache Uebermacht nichts ausrichten und sollten entwaffnet werden. Da zerschlugen sie selbst ihre Gewehre auf den steinernen Treppen.

Fast 1400 Mann Stahlhelmer und Sozialdemokraten wurden gefangengenommen. Dreißig Stunden lang mußten die Gefangenen, eng zusammengepfercht, stehen. Fünf Minuten lang hieß es »Stillgestanden«, fünf Minuten »Rührt euch«. Es durfte nicht gesprochen, nicht geraucht und nicht gegessen werden.

Grauenhafte Dinge spielten sich ab. Hunderte fielen in Ohnmacht. Hunderte wurden mißhandelt. Vor dem Gebäude aber schrien Frauen und Kinder nach ihren Männern und Vätern.

Erkannte Funktionäre wurden aus der Masse herausgeholt und in Extrazimmern nach dem bekannten Rezept verhört. Die Folge davon war, daß sämtliche Krankenautos der Stadt Braunschweig ununterbrochen zwischen der Stahlhelmkaserne und den einzelnen Krankenhäusern hin und her sausten. Bald waren die Krankenhäuser mit verwundeten und zerprügelten Leuten überfüllt. Vielen wurden große, stark blutende Wunden »am laufenden Band« vernäht, dann durften sie sich ein Weilchen ausruhen, ehe sie das Krankenhaus zu Fuß verlassen mußten, um neuen Patienten Platz zu machen. Noch am nächsten Tage, als die

Stahlhelmkaserne geräumt war, zeigten die Fußböden riesige Blutlachen.

Am Abend nach der Schlacht löste Minister *Klagges* den Stahlhelm auf und ließ sämtliche Funktionäre in das Gefängnis werfen. Einige Stahlhelmer wurden *wegen Hochverrat verfolgt, nur weil sie Lichtbilder von mißhandelten Stahlhelmleuten herumgezeigt hatten.*

Der *Reichsarbeitsminister Seldte*, 1. Bundesführer des Stahlhelms, kam im Flugzeug nach Braunschweig, um sich über diese Vorgänge zu unterrichten. Jetzt ist auch er — ob freiwillig, steht dahin — Mitglied der Nationalsozialistischen Partei geworden!

„Es wird weiter geschlagen!“

Ein Reichsbannerführer, ein Hüne von Gestalt, Frontsoldat, gehörte zu den Verhafteten des Stahlhelmkonfliktes. Er wurde vom Kommandanten des »Volksfreund«-Hauses in Empfang genommen, worauf sich folgende Szene abspielte:

Meier: »Ach, sieh mal da, wer da kommt. Komm doch mal näher heran, Kleiner.« (Meier ist klein, der Reichsbannerführer außergewöhnlich groß und kräftig.)

Meier schlägt dem Reichsbannerführer mit der behandschuhten Rechten in das Gesicht, daß die Nase schief sitzt. Dabei platzt ihm der Handschuh auf.

Der Reichsbannerführer sieht, daß der Handschuh mit Bleieinlagen versehen ist.

Meier: »O, sieh mal, Kleiner, jetzt hast Du meinen schönen Handschuh entzweigemacht. Das mußt Du aber büßen, Kleiner. Komm doch mal her.« *Er schlägt dem Reichsbannerführer wieder mit aller Wucht in das Gesicht. Dann sagt er:* »So, Kleiner, nun komm doch mal über das Tischchen hier.«

Dem Reichsbannerführer wird die Hose heruntergerissen. Dann zieht man ihn über den Tisch und peitscht wie wahnsinnig auf ihn los.

Meier: »Na, wie schmeckt es, Kleiner? Fein, was? Sag mal, wo ist denn die Kartothek von der SPD?«

Der Reichsbannerführer: »Das weiß ich nicht.«

Meier: »Das weißt Du nicht? Du bist mir ja ein schöner Nachtwächter. Komm doch noch einmal über den Tisch.«

Der Reichsbannerführer wird weiter gepeitscht.

Meier: »Na, Du Kleiner, weißt Du denn jetzt, wo die Kartothek ist?«

Der Reichsbannerführer: »Nein!«

Meier: »Donnerwetter, Du bist aber ein Kerl. Genau wie Deine Führer. Die meisten haben gestanden wie Mauern. Mensch, euern Dr. Jasper habe ich verwichst, daß die Wände wackelten, das ist auch so ein Bulle wie Du. Er hat auch nichts verraten. Aber das nützt ja alles nichts. Schläge müßt ihr Bonzen haben, daß ihr in keinen Sarg paßt. Komm man noch mal rüber, Kleiner.«

Wieder geht es über den Reichsbannerführer her. Da erschien der Polizeikommandeur Selle in dem Raum. Selle ist nach dem Polizeipräsidenten der höchste Polizeibeamte im Freistaat Braunschweig. Als er das scheußliche Treiben sah, sagte er: »Der Mann wird jetzt nicht mehr geschlagen. Und überhaupt: Daß ich so etwas nicht noch einmal sehe.«

Bei dieser Aeußerung ist darauf zu achten, daß der zweithöchste Polizeibeamte, der den bestehenden Gesetzen Achtung verschaffen soll, sagt: »Der Mann wird jetzt nicht mehr geschlagen.« Außerdem hört man aus seinem weitem Befehl, daß er so etwas nicht noch einmal sehen will. Es gibt ein altes deutsches Sprichwort, das heißt: Was ich nicht weiß, macht mir nicht heiß! Dieses Wort ist von den nationalsozialistischen Machthabern zur Regierungsmaxime erhoben worden.

Selle verläßt nach seiner Anordnung den Raum wieder.

Der Reichsbannerführer atmet nun hörbar erleichtert auf. Da sagt **Meier:** »Mensch, Du hast wohl gedacht, jetzt ist es vorbei? Das ist ein kleiner Irrtum, lieber Freund. Der Selle hat nämlich überhaupt nichts zu sagen. Hier bestimme ich. Und ich sage: Es wird weiter geschlagen. Weißt du, manchmal kann ich schon gar nicht mehr, so tun mir die Knochen weh von all dem Dreschen. Ich habe auch gar keine Lust mehr dazu. Wir wollen auch für heute Feierabend machen. Du sollst auch keine Schläge mehr haben. Komm her, Kleiner, wir wollen uns etwas erzählen... Aber nein, einmal muß Du erst noch dran glauben.« Er schlägt dem Reichsbannerführer auf die Schulter und schreit ihm ins Gesicht: »Mensch, ich lache mich noch kaputt!«

Dem Reichsbannerführer gelingt es am selben Abend, in dem ungeheuren Tohuwabohu, das in der gesamten Stahlhelmkaserne herrscht, zu entkommen. Er flieht zu Freunden in Hannover. Sein Rücken und sein Gesäß bilden eine schwarz-braun-grüne, aufgeplatze, blutiglebrige Masse.

„Gesetzlicher“ Terror.

Nach dem Stahlhelmkonflikt wurde es ruhiger in Braunschweig. Was noch nicht auseinandergeprügelt war, knöpfte sich der Naziminister *Klagges* persönlich vor. Im Wege der Notverordnung erließ er ein *neues Wahlgesetz*. Darin waren einige Bestimmungen enthalten, die nach dem Studium dieses Berichtes nicht näher erläutert zu werden brauchen.

Erstens wurden die beiden Oberpeitscher Rechtsanwalt und SS.-Führer *Alpers* und der Landsknecht und SA.-Führer *Sauke* zu *Wahlleitern* bestimmt.

Zweitens wurde angeordnet, daß nur *derjenige* als Kandidat auftreten könne, der seine Einwilligungserklärung zu einer bestimmten Stunde *persönlich* im Büro der Wahlleiter unterschreibe.

Drittens wurde gleichzeitig mit diesem Wahlgesetz bekanntgemacht, daß die Büros der Wahlleiter wegen der zu erwartenden Ueberfälle durch die Marxisten während der Unterschriftsleitung von starken SA.- und SS.-Abteilungen gesichert würden.

Daraufhin hat die Sozialdemokratie im Freistaat Braunschweig beschlossen, keine Wahlvorschlagslisten einzureichen. *So ist es gekommen, daß es im Freistaat Braunschweig nicht einen einzigen sozialdemokratischen Parlamentarier mehr gibt.* Und so wurde der gesamte Freistaat auf einen Schlag restlos »gleichgeschaltet«.

Sämtliche Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung, der Arbeiterradfahrerbund, die Arbeitergesangvereine, die Arbeiterschwimmklubs, der Arbeiterkeglerbund, der Arbeiteranglerbund, die Arbeiterfußballverbände, die Arbeiterturnvereine, die Kinderfreunde, die Sozialistische Arbeiterjugend, das Reichsbanner, die Arbeitertheatervereine, ja sogar der Arbeitersamariterbund, der während des Krieges unendlich Großes geleistet hat, wurden verboten und aufgelöst. Ihr gesamtes Eigentum wurde beschlagnahmt und zum Teil den braunen Verbänden zur Verfügung gestellt.

Genossen, die das Abzeichen einer dieser Organisationen weiter trugen, wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Tausende von Haussuchungen finden täglich statt. *Klagges* hat in Braunschweig eine Feldpolizei eingesetzt, die auf verdächtige Personen fahnden soll. Zur Verhaftung und Bestrafung genügt der bloße Verdacht »staatsfeindlicher« Gesinnung.

Sogar die Schrebergartenvereine hat Herr *Klagges* nicht vergessen. Sie haben einen politischen Kommissar erhalten.

Eine große Anzahl unbescholtener Juden hat man eingesperrt.

Der jüdische Arzt Dr. med. *Kantorowicz*, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, hat sich wegen dieser Vorfälle im Dienst-

zimmer des Vorsitzenden des Aerzteverbandes in Braunschweig nach einer Auseinandersetzung *erschossen*.

Die Behörden haben viele hundert Arbeiter und Angestellte entlassen, nur weil sie angeblich im Verdacht staatsfeindlicher Gesinnung standen.

Tausende von Arbeitern sind gegen ihren Willen in die nationalsozialistischen Organisationen gepreßt worden und wurden gezwungen, nationalsozialistische Veranstaltungen mitzumachen. Weiter wurden sie gezwungen, sich betriebsweise für ihr eigenes Geld Uniformen zu kaufen.

Damit wird nach außen der Eindruck erzeugt, als ginge die deutsche Arbeiterschaft mit fliegenden Fahnen zu Hitler über.

Die Verantwortlichen.

Die geschilderten Vorgänge haben sich in der Zeit vom Beginn des Monats März bis zur Mitte des Monats April zugetragen. Die Schilderung ist nicht vollständig, zumal von den zahlreichen Judenmißhandlungen nur einige Fälle erwähnt sind. Ueber andere, wie über die Verfolgung der Kommunisten, konnte nichts Genaues festgestellt werden. Unser Bericht beschränkt sich auf die Darstellung unbestreitbarer Tatsachen, die auch den *Mitarbeitern des Reichsministers Göring* und des *Reichspräsidenten v. Hindenburg* mitgeteilt worden sind.

Die Sozialdemokratie im Freistaat Braunschweig ist nicht im ehrlichen Kampfe besiegt, sie ist gemeuchelt worden.

Verantwortlich für diesen Meuchelmord und alle im Zusammenhang mit ihm begangenen Verbrechen sind mittelbar

Reichskanzler *Adolf Hitler*,
Preußischer Ministerpräsident *Göring*,
Reichspropagandaminister *Göbbels*,

weil sie ihre braune Soldateska in Hunderten von Versammlungsreden zu solchem Vorgehen ermuntert haben.

Unmittelbar aber verantwortlich sind:

Innenminister *Dietrich Klagges*, Braunschweig,
Polizeipräsident *Lieff*, Braunschweig,
Polizeikommandeur *Selle*, Braunschweig,
Rechtsanwalt *Alpers*, Braunschweig,
SA.-Oberführer *Sauke*, Braunschweig,
SA.-Führer *Meier*, Braunschweig.

Das unschuldig vergossene Blut komme über sie!

ANHANG

Auch im *zweiten Quartal* steht Braunschweig an der Spitze der Ungeheuerlichkeiten, die sich in Mitteldeutschland unaufhörlich ereignen. Wir geben im folgenden die Feststellungen wieder, die ein Berichterstatter machte, dem es nach einer Reise durch Deutschland gelang, wieder ins Ausland zu kommen, und an dessen Zuverlässigkeit kein Zweifel besteht.

Aus dem zweiten Quartal der Hitlerherrschaft in Braunschweig

Als bekannt wurde, daß am 4. Juli 1933 in Braunschweig sich Grauenhaftes ereignet habe, wurde ich beauftragt, an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen, die folgenden Tatbestand ergaben. Auf meiner Reise durch Deutschland nach dem im Norden gelegenen Braunschweig, einst der Hochburg der Sozialdemokratie, hatte ich Gelegenheit genug, zu beobachten, unter welchem geistigen Druck die Fahrgäste stehen. In Braunschweig angelangt, gelang es mir nur mühsam, Fäden anzuknüpfen, um die nötigen Aufklärungen zu erhalten.

Die Vorgeschichte.

Anfang Juli wurde der Nationalsozialist Landmann in Braunschweig erschossen. Angeblich sollen Marxisten die Täter sein. Trotzdem auf dieselben Dutzende von Revolvergeschüssen abgegeben wurden, blieb keiner auf dem Platze. Die Umstellung und Absuchung des Geländes nach Tätern blieb erfolglos. In Braunschweig ist man der Meinung, daß Landmann absichtlich oder aus Versehen von seinen Kameraden erschossen wurde. Er sei nämlich »politisch unzuverlässig« gewesen. Wie dem auch sei, gegen die Arbeiterschaft Braunschweigs setzte neuer Terror ein.

10 Marxisten für einen Nationalsozialisten.

Der Polizeipräsident, Graf Helldorf, berüchtigt durch seine Judenprogrome, hat vor einigen Wochen erklärt, daß für jeden ermordeten Nationalsozialisten 10 Marxisten daran glauben

müßten. In Braunschweig scheint nun der Anfang mit dieser neuen Losung gemacht worden zu sein. Am Tage der Beerdigung des Nationalsozialisten Landmann wurden von der SA. aus dem Braunschweiger Gefängnissen 10 bekannte Marxisten (Kommunisten und Sozialdemokraten) herausgeholt und mit unbekanntem Ziel nach fürchterlichen Mißhandlungen verschleppt.

Das Geheimnis von Rieseberg.

In der Nähe von Königsluther bei Braunschweig liegt das Dörfchen Rieseberg. Seiner landschaftlich schönen Lage und der billigen Verpflegungskosten halber hat die Arbeiterklasse seit Jahren größere Kinderheime angelegt, die jetzt zu SA.-Kasernen verwandelt worden sind. Nach einer derselben, dem frühern Gewerkschaftskinderheim, wurden *diese zehn Unglücklichen* gebracht und *in der Nacht vom 4. Juli erschossen und auf dem Friedhof von Rieseberg verscharrt.*

Es war mir nicht möglich, in Rieseberg Näheres zu erfahren. Die verängstigte Bevölkerung, kleine Bauern, die fast restlos auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen, wagten nicht mehr, über den Vorgang zu sprechen, seit einer, der es getan haben soll, verhaftet wurde. Allen ist von Amts wegen Schweigen auferlegt. Jeder, der reden würde, weiß, daß er wahrscheinlich das Schicksal der Erschossenen teilen muß. Mein Versuch, den Friedhof von Rieseberg zu besuchen, war vergebens. *Der Friedhof war besetzt und Zutritt streng untersagt.* Das sprach mehr für das Verbrechen, als wenn die unglücklichen Wissenden mir ihre Kenntnisse mitgeteilt hätten.

Die Aufregung in Braunschweig.

In den Kreisen der Angehörigen von verhafteten Braunschweiger Marxisten herrscht seit der Tat vom 4. Juli eine begreifliche Erregung. Kein Angehöriger weiß, ob sein gefangener Vater, Bruder oder Gatte noch am Leben ist. Nur durch verschiedene Maßnahmen der Gefängnisverwaltung und der Regierung ist es einigen Angehörigen klar geworden, daß auch die Mitglieder ihrer Familie sich unter den 10 Toten befinden. Gesagt wurde den Angehörigen, daß die Verhafteten ins Konzentrationslager verbracht worden seien. Es steht zu befürchten, daß unter den Erschossenen von Rieseberg auch der frühere Ministerpräsident von Braunschweig, *Jasper*, zu suchen ist, von dem unter anderm auch behauptet wird, daß er nach Dachau verbracht worden sei. Es war mir nicht möglich, Näheres in Erfahrung zu bringen.



Auch die Presse muß schweigen.

Es scheint so, als ob am Tage nach der Hinrichtung der zehn Marxisten die Polizei einen Bericht an die Braunschweigische Presse gegeben habe, dessen Drucklegung im letzten Augenblick verhindert wurde. Auch die Reichsregierung scheint eingegriffen zu haben, um eine Verbreitung der Meldungen in der Presse zu verhindern. Der Vorgang ist ja auch so ungeheuerlich, daß selbst die Reichsregierung kaum wagen dürfte, ihn zu decken. Sache der europäischen Öffentlichkeit wird es sein müssen, die Reichsregierung zum Reden zu zwingen. Mit einem Dementi ist die Angelegenheit nicht abgetan.

Auch Ausländer werden gemordet.

Zuverlässig erfuhr ich in Braunschweig noch, daß die rohen Gewalttaten der SA. sich auch auf Ausländer erstrecken. Ein junger *Pole*, israelitischen Bekenntnisses, der in einem Warenhaus beschäftigt war, wurde so »menschenfreundlich« behandelt, daß er *nach 6 Stunden starb*. Es bedurfte des Einflusses des polnischen Konsulats, um die Leiche für die Beerdigung frei zu bekommen. Dieser Fall beweist, was *deutsche* Staatsangehörige zu gewärtigen haben, wenn sie in Braunschweig verhaftet werden. Verschiedentlich wurde mir versichert, daß *eine Verhaftung im gegenwärtigen Augenblicke gleichbedeutend mit der Verkündung eines Todesurteils* sei.

Publikationen der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen.

Mitteilungen.

Die »Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen« erscheinen als Beilage zur »Internationalen Information«, herausgegeben vom Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich. Im Jahre 1932 erschienen 23 Nummern der »Mitteilungen«. Die Abnehmer der »Internationalen Information« erhalten die »Mitteilungen« ohne Erhöhung der Abonnementsgebühr. Einzelne Exemplare der »Mitteilungen« werden, sofern kein Sonderpreis festgesetzt ist, mit Schweizer Franken —.60 berechnet.

Broschüren.

Auf Befehl des Marschalls Pilsudski. Text der Interpellation der Oppositionsparteien im polnischen Sejm am 16. Dezember 1930. Vorwort von Vandervelde, in polnischer, deutscher, französischer und englischer Sprache. 58 Seiten. Verlag Sekretariat der S. A. I., Zürich. Preis: Schweizer Franken 1.50.

Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Von R. Abramowitsch. 52 Seiten. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis: Schweizer Franken —.60.

Die politischen Gefangenen im faschistischen Italien. 58 Seiten. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis: Schweizer Franken —.60.

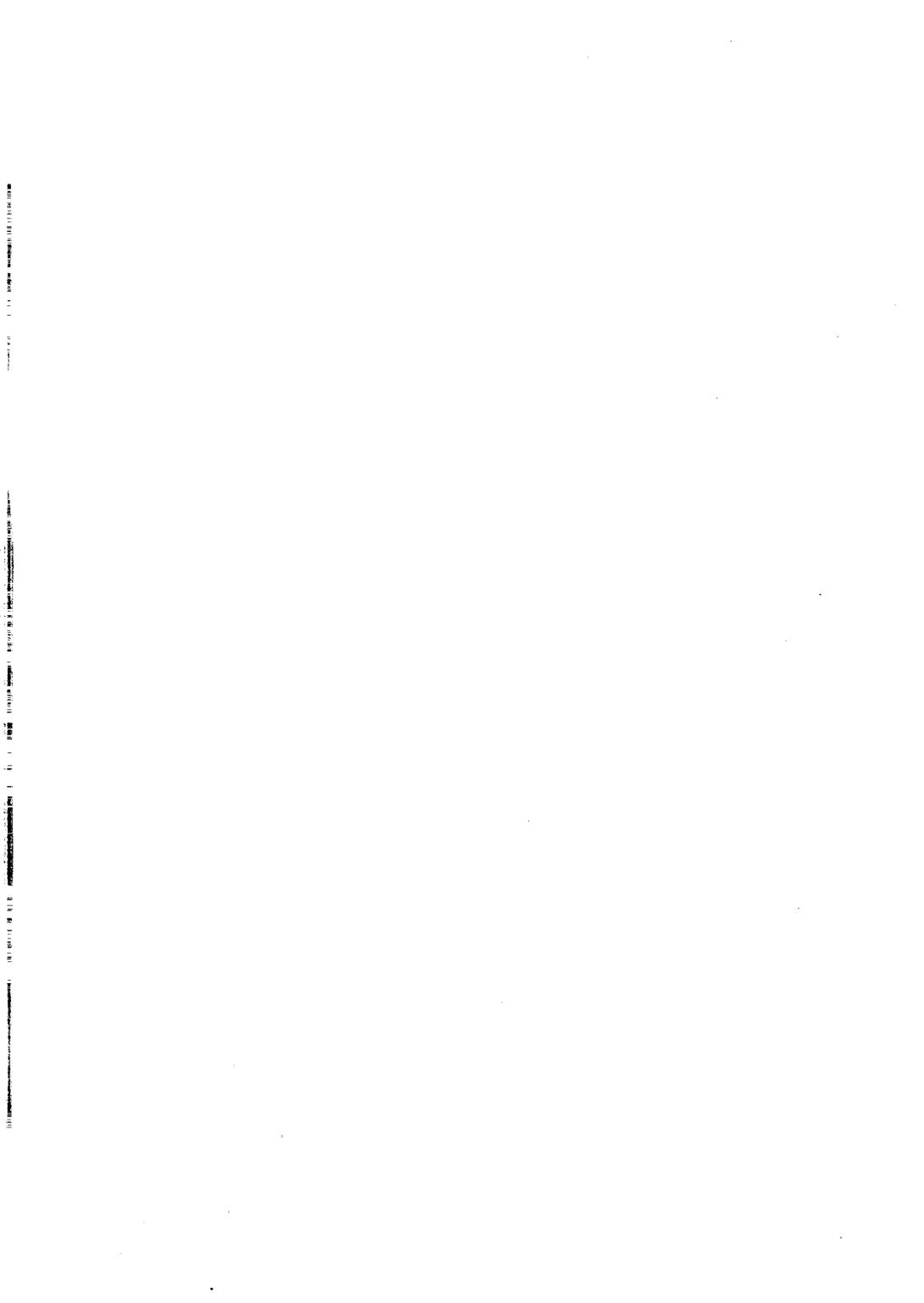
Berichte.

Zusammenfassende Darstellungen über die Arbeit der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen erschienen in den **Kongreßberichten** der S. A. I. So im Bericht an den dritten Kongreß der S. A. I. in Brüssel, August 1928, I. Abteilung, Seite 15 bis 32, II. Abteilung, Seite 26 bis 30, und VI. Abteilung, Seite 127 bis 132, und im Bericht an den vierten Kongreß der S. A. I. in Wien, Juli 1931, I. Abteilung, Seite 4 bis 26. Beide Berichte sind durch das Sekretariat der S. A. I. zu beziehen, und zwar zum Preise von Schweizer Franken 5.— pro Band (2 Bände) für den Brüsseler Bericht, und Schweizer Franken 15.— (geheftet) oder Fr. 17.50 (gebunden) für den Wiener Bericht.

Bestellungen der Broschüren und Berichte können durch alle Buchhandlungen erfolgen oder sind direkt zu richten an den

VERLAG SOZIALISTISCHE ARBEITER-INTERNATIONALE
Ottikerstraße 24, Zürich 6 (Schweiz).

GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH



70
A6653